

K12NEU Vielfalt und Zusammenhalt gelingen nur gemeinsam

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

1 Kapitel 12: Gesellschaft, Integration und Gleichstellung

2 Vielfalt und Zusammenhalt gelingen nur gemeinsam

3 Baden-Württemberg ist ein Land mit einzigartigen Menschen und einer lebendigen
4 und vielfältigen Gesellschaft. Wir alle leben gerne hier. Wir schätzen den
5 Zusammenhalt, dass man füreinander da ist und sich gegenseitig hilft. Nirgendwo
6 sonst in Deutschland engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich im
7 Sportverein, in der Flüchtlingshilfe, in einer Bürgerinitiative oder
8 Kirchengemeinde.

9 In der Corona-Krise haben wir bewiesen, dass wir als Gesellschaft auch mit
10 Abstand zusammenhalten. Viele haben mit angepackt und anderen geholfen: Jüngere
11 haben für Ältere eingekauft, Ältere haben für ihre Nachbarschaft Alltagsmasken
12 genäht, Sportvereine haben Training fürs Wohnzimmer angeboten und Künstler*innen
13 haben Konzerte im Internet gegeben oder vor Krankenhäusern gesungen, um den
14 Patient*innen Mut zu machen. Das war eine große Gemeinschaftsleistung, die
15 einmal mehr gezeigt hat, was wir zusammen alles schaffen können.

16 Auch wenn das Miteinander bei uns in Baden-Württemberg stärker ist als anderswo,
17 nehmen auch bei uns die Fliehkräfte in der Gesellschaft zu. Die liberale
18 Demokratie steht weltweit unter Druck. Menschen erwarten Antworten auf
19 fundamentale Umbrüche unserer Zeit – von der digitalen Revolution über die
20 Globalisierung und die Klimakrise bis hin zur Migration. Der Ton der
21 öffentlichen Debatte wird rauer und brutaler. Der soziale Kitt, der unsere
22 Gesellschaft zusammenhält, bröckelt.

23 Wir Grüne stehen für eine Politik, die Orientierung und Sicherheit im Wandel
24 gibt und das Vertrauen in unser Gemeinwesen stärkt. Wir wollen unser
25 Zusammenleben so gestalten, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben
26 teilhaben können, wahrgenommen werden und den Respekt erfahren, den jede*r
27 einzelne verdient. Uns geht es darum, das Miteinander und Füreinander in unserer
28 offenen Gesellschaft zu fördern und Diskriminierung und Ausgrenzung zu
29 überwinden. Unser Ziel heißt Zusammenhalt in Vielfalt. Deshalb haben wir bereits
30 in den vergangenen Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu einem
31 politischen Schwerpunkt der grün-geführten Landesregierungen gemacht. Diesen Weg
32 wollen wir in den kommenden Jahren beherzt weitergehen. Wir wollen die
33 Abwehrkräfte unserer Gesellschaft gegen Populismus und Polarisierung stärken.
34 Denn miteinander erreichen wir so viel mehr als gegeneinander.

35 Ein starkes Ehrenamt bringt Menschen zusammen

36 Baden-Württemberg ist das Land des bürgerschaftlichen Engagements. Fast die
37 Hälfte aller Menschen in unserem Bundesland engagiert sich freiwillig. Was bei
38 uns viele Menschen ehrenamtlich in den Sport- und Musikvereinen, bei der
39 Freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, Kirchen, Religionsgemeinschaften,
40 Gewerkschaften und Parteien leisten, ist unbezahlbar.

41 Wir Grüne fördern und stärken ehrenamtliches Engagement. Mit der
42 Engagementstrategie Baden-Württemberg hat die grün-geführte Landesregierung eine
43 Strategie zur Stärkung der Bürgergesellschaft auf den Weg gebracht. Wir Grüne
44 wollen erreichen, dass sich alle Menschen engagieren können – unabhängig von
45 Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht
46 oder sexueller Orientierung. Wir wollen noch mehr Menschen für das Ehrenamt
47 begeistern und das bürgerschaftliche Engagement noch besser würdigen. Dafür
48 werden wir eine Ehrenamtsoffensive starten. Denn das Ehrenamt braucht gute
49 Rahmenbedingungen. Wir werden unnötige bürokratische Hürden, die viel Zeit und
50 Verwaltungsarbeit kosten, abbauen. Die Vernetzung der Ehrenamtlichen soll
51 gestärkt werden, um die Möglichkeiten für den Austausch von Wissen und Erfahrung
52 zu verbessern. Gutes Ehrenamt braucht hauptamtliche Unterstützung. Wir werden
53 mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Engagierte schaffen und zudem eine
54 Ehrenamtskarte einführen. Sie soll den Ehrenamtlichen einen praktischen Nutzen
55 bieten und ihnen ein paar wohlverdiente schöne Stunden ermöglichen –
56 beispielsweise beim kostenfreien Besuch von Kultureinrichtungen. Im Bund werden
57 wir uns außerdem für eine höhere steuerfreie Aufwandspauschale einsetzen.

58 Viele junge Menschen im Land bringen sich aktiv in die Gesellschaft ein: auf der
59 Straße, in zahlreichen Vereinen oder auch im Rahmen von Freiwilligendiensten.
60 Diese Erfahrung wollen wir noch mehr jungen Menschen ermöglichen und ihr
61 Engagement belohnen. Deshalb werden wir die Landesmittel für die
62 Jugendfreiwilligendienste erhöhen und der hohen Nachfrage nach Plätzen im
63 Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)
64 gerecht werden. Die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs lehnen wir ab –
65 Engagement lebt von Freiwilligkeit und der Motivation und Freude aus sich selbst
66 heraus, sich für etwas einzusetzen. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass
67 soziales und ökologisches Engagement verstärkt beim Hochschulzugang oder einer
68 Ausbildung berücksichtigt wird. Mit einem Freiwilligen-Pass wollen wir
69 ermöglichen, dass jede*r Freiwilligendienstleistende künftig ermäßigte
70 Eintrittspreise beispielsweise in Freibädern und anderen Einrichtungen erhält.

71 Mit Sport verbinden, mit Sport gewinnen

72 Der Sport spielt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine zentrale Rolle,
73 denn Sport verbindet: Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit
74 verschiedenen Erfahrungen. Im Sport werden die Werte einer offenen und
75 solidarischen Gesellschaft gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist
76 und Vielfalt. Und Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne
77 unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung.

78 Sportangebote müssen integrativ sein und Begegnungen ermöglichen. Wir Grüne
79 werden den Breitensport weiterhin partnerschaftlich und verlässlich
80 unterstützen, denn er vermittelt Werte und Bildung und schafft Zusammenhalt.
81 Sportvereine und Verbände benötigen für die Bewältigung ihrer Aufgaben Rückhalt.
82 Deshalb wollen wir den Solidarpakt Sport verlängern, um die Sportvereine auch
83 weiterhin unterstützen zu können. Vielerorts sind Sportstätten die einzigen
84 Orte, an denen Menschen unterschiedlichster Herkunft und Milieus zusammenkommen
85 und gemeinsam ihre Mannschaft unterstützen oder zusammen Sport treiben. Wir
86 Grüne wollen diese Orte nachhaltig sichern und verbessern. Mit dem Solidarpakt
87 Sport III hat die grün-geführte Landesregierung die ehrenamtlichen
88 Übungsleiter*innen besser ausgestattet und die Fördermittel für den Bau von
89 Sportstätten, insbesondere durch ein Sonderprogramm, deutlich erhöht. Wir Grüne

90 wollen beim Bau und Unterhalt von Sportstätten einen Schwerpunkt auf Klimaschutz
91 und Nachhaltigkeit legen.

92 Sportveranstaltungen schaffen einzigartige Erlebnisse für Athlet*innen und
93 Zuschauer*innen, sie sind aber auch eine Herausforderung für die Idee der
94 Nachhaltigkeit. Wir stehen Sportgroßveranstaltungen in Baden-Württemberg offen
95 gegenüber, wollen jedoch sicherstellen, dass Investitionen in Infrastrukturen
96 und Sportstätten im Einklang mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und
97 ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen stehen.

98 Wir Grüne unterstützen die Initiative „Spitzensportland Baden-Württemberg“, um
99 vielen Sportler*innen die Möglichkeit zu geben, sich zu Spitzenathlet*innen
100 entwickeln zu können. Wir machen uns für eine transparente Sportförderung stark,
101 die die Athlet*innen in den Mittelpunkt stellt und duale Karrieren ermöglicht
102 und fördert. Frauen sollen hierbei mittels eines zusätzlichen Förderprogramms
103 besonders unterstützt werden. Wettkampfsport auf allen Ebenen ist begrüßenswert.
104 Leistungssteigerung durch gesundheitsschädigende Mittel und Doping lehnen wir
105 entschieden ab.

106

107 Zum Sportland gehören Schwimmbäder und Schwimmunterricht. Wir setzen uns für
108 eine gute Bäderinfrastruktur ein und wollen den Schwimmunterricht an Schulen und
109 in Vereinen stärken.

110 Wie unsere Gesellschaft ist auch der Sport stets im Wandel. Wir Grüne machen uns
111 dafür stark, dass auch der Sport diesem Wandel standhält. Wir zeigen uns offen
112 für neue Formen des Sports: Millionen Menschen begeistern sich für E-Sport. Wir
113 Grüne wollen gute Rahmenbedingungen für den E-Sport in Baden-Württemberg
114 schaffen – vor allem für Amateur-Vereine. Deshalb sollen E-Sport-Vereine genauso
115 von der Gemeinnützigkeit profitieren können wie andere Sportvereine. Einen
116 Wandel im Sport wollen wir Grüne auch beim Thema Auflösung der strikten
117 Geschlechtertrennung vorantreiben. Dafür wollen wir Projekte und Vereine
118 besonders unterstützen, die Pionierarbeit leisten und den geschlechtergemischten
119 Mannschaftssport normalisieren.

120 Nach der Corona-Pandemie werden viele Hunderttausend sportbegeisterte Menschen
121 hoffentlich wieder die Spiele ihrer Mannschaften in unserem Land besuchen
122 können. Damit diese Veranstaltungen sicher und für jede*n zugänglich bleiben,
123 hat die grün-geführte Landesregierung mit den Stadionpartnerschaften ein Konzept
124 vorgelegt, das Sportveranstaltungen zu dem macht, was sie sein sollten: ein
125 Ereignis, an dem die ganze Familie teilnehmen kann. Wir Grüne unterstützen
126 darüber hinaus Fanbeauftragte sowie präventive Projekte im Fan- und
127 Amateursportbereich. Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen im Sport
128 ebenso wenig wie in anderen Bereichen der Gesellschaft geduldet werden. Wir
129 unterstützen Vereine in der Antidiskriminierungsarbeit.

130 Ja zu Vielfalt – Nein zu Hass und Hetze

131 Wir Grüne stehen fest zu den Werten unseres Grundgesetzes und verteidigen unsere
132 Gesellschaft gegen rassistisches, rechtsextremes und menschenverachtendes
133 Gedankengut. Deshalb werden wir einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität
134 auflegen. Mit Herz und Haltung wollen wir Hass und Hetze entgegentreten – online
135 und offline. Wir wollen Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz
136 stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten. Die
137 Entwicklung der Hasskriminalität in Baden-Württemberg muss Eingang in den

138 Sicherheitsbericht des Landes finden. Wir ermutigen die Opfer von rechter
139 Gewalt: Zeigt Hasskriminalität konsequent an!

140 Wir Grüne wollen, dass es gar nicht erst zu Hassverbrechen kommt. Deshalb setzen
141 wir auf kontinuierliche Prävention. Um allen Dimensionen der gesellschaftlichen
142 Vielfalt gerecht zu werden und sie perspektivisch dort zu bündeln, wollen wir
143 eine Stabstelle Vielfalt einführen, die besonders auch im Bereich Antirassismus
144 tätig wird.

145 Das grün-geführte Sozialministerium hat 2018 die
146 Landesantidiskriminierungsstelle Baden-Württemberg neu eingerichtet. Das ist ein
147 großer grüner Erfolg und ein Meilenstein der baden-württembergischen
148 Antidiskriminierungsarbeit. Diese Landesantidiskriminierungsstelle werden wir
149 finanziell und als unabhängige Stelle personell stärken. Auch die
150 Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche werden wir weiter ausbauen. So schaffen
151 wir überall Zugang zu Information und einheitliche Standards in der Beratung.
152 Die Antidiskriminierungsstelle soll künftig außerdem flächendeckende
153 Informationskampagnen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeiten und
154 gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Workshops zur
155 Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche anbieten. Auch von staatlicher Seite
156 dürfen keine Diskriminierungen erfolgen. Darum fordern wir ein
157 Antidiskriminierungsgesetz, das nach dem Vorbild des Allgemeinen
158 Gleichbehandlungsgesetzes ausgestaltet sein soll. Besonders wichtig ist es uns
159 auch, die Themen Antirassismus und Antidiskriminierung in die Schulen zu
160 bringen. Dafür entwickeln wir Konzepte, um vertrauensvolle Anlaufstellen für
161 Schüler*innen und Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen.

162 Menschlichkeit und Verantwortung – für ein weltoffenes Baden-Württemberg

163 Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg
164 nicht mehr. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt, Terror, Perspektivlosigkeit und der
165 Zerstörung ihrer Herkunftsregionen durch die Klimakrise. Viele von ihnen suchen
166 Schutz und neue Perspektiven in Europa, Deutschland und auch bei uns in Baden-
167 Württemberg. Unser Land konnte bereits vielen Menschen eine neue Heimat geben.
168 Menschlichkeit, Verantwortung und Solidarität bilden den Kern unserer
169 flüchtlings- und asylpolitischen Überzeugungen: Wir wollen Menschen in Not
170 helfen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen in unsere Gemeinschaft
171 einzubringen – davon profitieren nicht zuletzt auch diejenigen, die bereits seit
172 Längerem hier leben. Wir sorgen dafür, dass Geflüchtete bei uns ein neues
173 Zuhause finden, und schaffen langfristige Integrations- und Bleibeperspektiven.

174 In den vergangenen Jahren hat die grün-geführte Landesregierung in einer
175 Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft vielen
176 Geflüchteten geholfen und mit verschiedenen Maßnahmen für eine bessere
177 Unterbringung und Versorgung der Menschen gesorgt, die zu uns gekommen sind.
178 Aber wir wollen auch in Zukunft die Situation in den Flüchtlingsunterkünften
179 weiter verbessern. Der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen soll weiter
180 verkürzt werden. Die Erstaufnahme muss gut ausgestattet und Corona-konform
181 gestaltet werden. Durch kraftvolles und koordiniertes Handeln haben wir neben
182 der Erhöhung des Wohnraumes in der Flüchtlingsaufnahme auch eine erfolgreiche
183 Bundesratsinitiative für Geflüchtete in Arbeit gestartet, um Bleibeperspektiven
184 zu verbessern. Eine Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete sehen wir
185 grundsätzlich kritisch.

186

187 Wir haben außerdem ein Sonderprogramm zur Aufnahme von 1000 traumatisierten
188 jesidischen Frauen und Kindern aufgelegt, die der grausamen Verfolgung durch den
189 sogenannten Islamischen Staat entkommen konnten. Wir bieten ihnen hier Schutz
190 und Sicherheit. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir weitere
191 Sonderprogramme für besonders Schutzbedürftige auflegen.

192 Von Anfang an sollen alle die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache zu
193 lernen. Durch eine umfassende Sozial- und Rechtsberatung sollen Geflüchtete
194 künftig von Anfang an über ihre Rechte und die Voraussetzungen der verschiedenen
195 Aufenthaltstitel informiert werden. Wir haben das Ziel, dass Geflüchtete so
196 schnell wie möglich Zugang zu integrativen Maßnahmen, zu Ausbildung und Arbeit
197 und einer guten Wohnsituation bekommen. Dafür wollen wir das Erreichte
198 überprüfen und weiter verbessern. Gesellschaftliche Teilhabe schließt neben
199 Wohnen und Arbeiten auch die gesundheitliche Versorgung ein. Wir setzen uns
200 daher für die Ausstellung einer Gesundheitskarte mit der Erstregistrierung ein.
201 Zudem wollen wir den anonymen Krankenschein für Menschen ohne Aufenthaltsstatus,
202 sogenannte Papierlose, etablieren.

203 Traumatisierte Geflüchtete brauchen einen schnellen und niedrigschwelligen
204 Zugang zu Hilfe, damit sie eine Perspektive und Chancen auf Teilhabe in der
205 Gesellschaft haben. Daher wollen wir die bestehenden psychosozialen
206 Beratungsstellen zu einer landesweiten Versorgungsstruktur weiterentwickeln.

207 Wir Grüne sind dankbar, dass sich so viele Menschen in unserem Land in der
208 ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe engagieren. Egal, ob es die Landfrauen sind, die
209 Wollsocken für Flüchtlingskinder stricken. Oder der Fußballtrainer, der neue
210 Kicker*innen aus aller Welt in seinem Team mit offenen Armen empfängt. Oder die
211 Deutschlehrerin, die ehrenamtlich an ihren Nachmittagen den Neuankömmlingen
212 erste Sprachkenntnisse vermittelt. Oder die vielen Ehrenamtlichen in den
213 Freundeskreisen, die sich um die kleinen und großen Alltagsprobleme kümmern. Wir
214 Grüne bringen diesem Engagement große Wertschätzung entgegen und werden es
215 weiter gezielt unterstützen.

216 Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg unterstützen die Initiative
217 „Sichere Häfen“ und zeigen damit aktive Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen,
218 die aus Seenot gerettet worden sind oder in Flüchtlingslagern vor den Toren
219 Europas leben. Wir Grüne unterstützen diese Initiative und wollen, dass auch das
220 Land Baden-Württemberg zum „Sicheren Hafen“ wird. Wir werden daher ein
221 entsprechendes Landesaufnahmeprogramm vorantreiben und machen uns auf
222 Bundesebene dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei
223 der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten, um so auch unter anderem
224 Verantwortung für die Geflüchteten in Griechenland zu übernehmen. Auf
225 europäischer Ebene setzen wir uns außerdem dafür ein, dass zivile Seenotrettung
226 entkriminalisiert und ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles
227 Seenotrettungssystem aufgebaut wird. Das Sterben im Mittelmeer muss beendet
228 werden!

229 Die beste Flüchtlingspolitik bewahrt die Menschen davor, ihre Herkunftsregionen
230 überhaupt erst verlassen zu müssen. Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die
231 Gründe der Flucht und nicht die Menschen auf der Flucht zu bekämpfen. Dafür
232 müssen wir in Europa und im Bund noch viel mehr tun, indem wir unseren Beitrag
233 zu Fluchtursachen erkennen, dafür Verantwortung übernehmen und Maßnahmen

234 ergreifen, wie beispielsweise die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu
235 erhöhen. Die grün-geführte Landesregierung hat mitgeholfen, die wirtschaftliche
236 Situation auf dem Balkan zu stabilisieren. Sie hat im Nordirak wichtige
237 Programme zur Gesundheitsvorsorge und Bildung ins Leben gerufen und wird auch
238 weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur
239 Fluchtursachenbekämpfung leisten.

240 Wer bei uns Asyl beantragt, verdient ein rechtsstaatliches, faires und schnelles
241 Asylverfahren. Nicht alle, die zu uns kommen, werden auch dauerhaft hierbleiben
242 können. Wird ein Asylantrag abgelehnt und gibt es keine weiteren Gründe, die
243 eine Rückkehr ausschließen, hat für uns die freiwillige Rückkehr Vorrang. Wir
244 setzen dabei auf aktive Rückkehrberatung und gezielte Rückkehrhilfen. Die
245 Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg müssen
246 eine rechtsstaatliche, faire und humanitär verantwortliche Rückkehr- und
247 Abschiebep Praxis gewährleisten. Dabei wollen wir das Kirchenasyl respektieren.
248 Niemand darf in Kriegsgebiete oder in Lebensgefahr abgeschoben werden. Die
249 Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer lehnen wir ab. Dafür fordern
250 wir klare Maßstäbe auf Bundesebene und insbesondere eine engmaschige und
251 ergebnisoffene Überprüfung der Situation in Ländern wie Afghanistan – einem
252 Land, in das wir Abschiebungen in der aktuellen Lage ablehnen. Für Menschen ohne
253 Aufenthaltsrecht ist die Härtefallkommission eine wichtige Anlaufstelle. Diese
254 Kommission kümmert sich um die Schicksale, die durch das Raster unseres Systems
255 fallen. Wir wollen, dass die Härtefallkommission unabhängige und transparente
256 Entscheidungen trifft. Dazu werden wir die Härtefallkommission strukturell und
257 personell ausbauen.

258

259 Ein Asylverfahren darf nicht die einzige Chance für Menschen sein, die nach
260 Deutschland einwandern möchten. Bedingt durch demografischen Wandel und
261 Fachkräftemangel sind wir auf die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland
262 angewiesen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass ein umfassenderes
263 Zuwanderungsgesetz erarbeitet wird.

264 Mit Integration beginnen – neue Mitbürger*innen gewinnen

265 Integration ist eine große Herausforderung und zugleich eine der größten Chancen
266 für unser Land. Grüne Integrationspolitik richtet sich an die ganze
267 Gesellschaft: an alle, die zu uns kommen, aber auch an alle, die schon länger
268 hier leben. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der die Bereitschaft
269 aller Beteiligten voraussetzt, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben.

270 Diejenigen, die zu uns kommen, brauchen bestimmte Voraussetzungen, damit
271 Integration gelingt. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, die deutsche Sprache
272 zu lernen. Sie brauchen Zugang zu guter Bildung und zum Arbeitsmarkt sowie die
273 Chance, am politischen und gesellschaftlichen Leben auf der Grundlage unserer
274 demokratischen Werteordnung teilzuhaben. Für die, die schon länger hier leben,
275 bedeutet gelingende Integration: offen zu sein für eine kulturelle Bereicherung
276 und Unterschiede als Chance zu begreifen, nicht als Bedrohung. Ziel unserer
277 Integrationspolitik ist ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt bei einer
278 wachsenden Bevölkerungsvielfalt. Das Band, das unsere Gesellschaft dabei
279 zusammenhält, ist unser Grundgesetz.

280 Wenn Menschen zu uns kommen, wollen wir ab dem ersten Tag mit der
281 Integrationsarbeit beginnen. Wir wollen keine Zeit verlieren, indem wir warten,
282 bis der Aufenthaltsstatus endgültig geklärt ist. Oft dauert es Monate, bis die

283 Bundesbehörden Klarheit geschaffen haben. Deshalb setzen wir uns für eine
284 zeitnahe Arbeitserlaubnis und eine dezentrale Unterbringung unabhängig vom
285 Aufenthaltsstatus ein. Jeder Tag, an dem Geflüchtete und Migrant*innen an
286 unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ist ein Tag gelungener
287 Integration.

288 Als Land gestalten wir Integration maßgeblich mit. Deshalb haben wir als grün-
289 geführte Landesregierung 2016 gemeinsam mit den Kommunen den Pakt für
290 Integration auf den Weg gebracht. Kernstück war ein neu geschaffenes
291 Integrationsmanagement. Heute stehen rund 1000 Integrationsmanager*innen den
292 Geflüchteten im Alltag zur Seite und unterstützen sie mit Integrationsplänen
293 dabei, ein selbstständiges Leben zu führen. Zusätzlich unterstützt der Pakt
294 junge Geflüchtete in Schulen auf ihrem Weg ins Berufsleben und fördert
295 ehrenamtliche, interkulturelle und bürgerschaftliche Strukturen in der
296 Flüchtlingshilfe. Wir Grüne werden die Finanzierung des Paktes für Integration
297 auch in der nächsten Legislaturperiode sicherstellen und die Rahmenbedingungen
298 für gute Integration schaffen.

299 Integration findet dort statt, wo sich Menschen begegnen – in Kitas, Schulen,
300 Vereinen, Nachbarschaften und am Arbeitsplatz. Für uns Grüne haben vor allem
301 Familien als Ort der Sicherheit und Vertrautheit einen hohen Stellenwert für
302 eine gelingende Integration. Gerade nach einer traumatisierenden Flucht
303 benötigen Menschen die Gewissheit, dass auch ihre Familie in Sicherheit ist. Nur
304 dann können sie sich mit Herz und Verstand auf die Integration in der Schule,
305 der Ausbildung und am Arbeitsplatz konzentrieren. Wir Grüne wollen deshalb den
306 Familiennachzug erleichtern.

307 Wir setzen uns entschlossen für einfache und unbürokratische Möglichkeiten ein,
308 einen dauerhaften Aufenthaltstitel für Migrant*innen zu bekommen. Sie sollen
309 zeitnah nach Abschluss ihres Asylverfahrens eine Bleibeperspektive erhalten.
310 Dafür wollen wir die gesetzlichen Spielräume wie die Ermessensduldung auf
311 Landesebene konsequent nutzen. Wenn Menschen plötzlich gehen müssen, die gut
312 integriert sind, hier arbeiten und sich ein Leben aufgebaut haben, dann ist das
313 ein herber Verlust für unsere Gesellschaft, den wir vermeiden wollen.

314 Mit dem Beitritt zur „Charta der Vielfalt“ hat Baden-Württemberg bekräftigt,
315 dass es eine Kultur der Vielfalt und des Respekts pflegt und fortentwickeln
316 will. Das bedeutet für uns auch, dass wir die Arbeit von migrantischen
317 Selbstorganisationen stärken wollen und die Teilhabe von Migrant*innen in
318 unserer Gesellschaft verbessern wollen. Wir unterstützen die interkulturelle
319 Öffnung der Landesverwaltung. Für eine bessere Verständigung brauchen wir mehr
320 Sprachmittlung in Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Wir wollen mehr
321 Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen. Dazu
322 wollen wir die Kampagne „Vielfalt macht bei uns Karriere – Willkommen im
323 öffentlichen Dienst“ wieder aufgreifen. Als grün-geführte Landesregierung haben
324 wir auch das Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den
325 Arbeitsmarkt öffnen“ auf den Weg gebracht. Wir werden nun ein landesweites
326 kommunales Netzwerk aufbauen, um Geflüchtete und Migrant*innen schnellstmöglich
327 ins Arbeitsleben zu integrieren. Im Ausland erworbene Qualifikationen und
328 Abschlüsse wollen wir fair anerkennen, nutzen und stärken. Bildung und Sprache
329 sind für Integration, Teilhabe und Chancengerechtigkeit von zentraler Bedeutung.
330 Wir werden deshalb die Angebote für Sprachkurse ausbauen und die begleitende
331 Kinderbetreuung für Geflüchtete mit Kindern sicherstellen.

332 Wir Grüne stehen für eine bunte Gesellschaft. Wir wollen, dass Menschen ohne
333 deutsche Staatsbürgerschaft schneller und unbürokratischer eingebürgert werden
334 können. Wir wissen auch: Integration ist ein Prozess, den die
335 Mehrheitsgesellschaft und die Menschen, die zu uns kommen, gemeinsam gestalten
336 müssen. Dieser Integrationsprozess kann nur gelingen, wenn beide Seiten offen
337 und tolerant gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen sind. Dazu gehört es,
338 Lebensleistungen, Erfahrungen und Bedürfnisse anzuerkennen. Wir werden die
339 Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken und ein positives Bild von
340 Diversität vermitteln.

341 Die Hälfte der Macht den Frauen – überall!

342 Feminismus ist ein Kernanliegen grüner Politik. Wenn Geschlechtergerechtigkeit
343 selbstverständlich gelebt wird, sichert das die Stabilität unserer Gesellschaft,
344 schafft wirtschaftliche Chancen und stärkt unsere Demokratie.

345 Wir Grüne sorgen dafür, dass Frauen und Männer endlich die gleichen Chancen
346 haben. Die Gleichstellung aller Geschlechter ist für uns eine
347 Selbstverständlichkeit. Doch leider ist sie noch keine gesellschaftliche
348 Realität. Frauen und Männer sind zwar vor dem Gesetz gleich, aber wir alle haben
349 Rollenbilder im Kopf. Es gibt immer noch Berufe, die als typisch für Frauen oder
350 Männer gelten. Immer noch ist Frauen der Zugang zu Führungspositionen erschwert.
351 Vielfach verdienen Frauen bei gleicher Qualifikation immer noch weniger als
352 Männer. Wir wollen diese Rollenbilder auflösen und einen gesellschaftlichen
353 Aufbruch für Frauenrechte initiieren. Wir Grüne werden nicht nachgeben, bis
354 Frauen wirklich überall die gleichen Rechte, Möglichkeiten und Lebenschancen
355 haben wie Männer!

356 Als grün-geführte Landesregierung haben wir 2016 mit dem
357 Chancengleichheitsgesetz in Baden-Württemberg einen großen Sprung nach vorne
358 gemacht. Darin haben wir festgehalten: Alle Gremien, für die das Land ein
359 Vorschlagsrecht hat, werden zur Hälfte mit Frauen besetzt. Wir haben darin auch
360 festgeschrieben, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Städten mit über
361 50.000 Einwohner*innen einzuführen. Sie treiben die Frauenförderung in den
362 großen Städten entscheidend voran. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen
363 und hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den großen Kreisstädten
364 einführen. Wir wollen Ansprechpartner*innen vor Ort einsetzen, um gleiche
365 Chancen für alle zu ermöglichen. Die Ergebnisse der Evaluierung des
366 Chancengleichheitsgesetzes wollen wir nutzen, um neue Impulse für die
367 Gleichstellung zu setzen. Um die Gleichstellung in Baden-Württemberg auch in der
368 Landesregierung verpflichtend und kontinuierlich zu verankern, wollen wir eine
369 Landesbeauftragte für Gleichstellung und Diversity etablieren. Einrichtungen des
370 Landes sollen bei öffentlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel
371 Podiumsdiskussionen mindestens ein Drittel weibliche Rednerinnen zum Zug kommen
372 lassen, um die Expertise von Frauen sichtbarer zu machen. So können
373 Fachexpertinnen als Vorbilder wirken. Auch bei landeseigenen Unternehmen wollen
374 wir Gleichstellung fördern sowie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bekämpfen.
375 Wir unterstützen diese Unternehmen dabei, Gleichstellungsbeauftragte
376 einzuführen.

377 Für uns Grüne ist klar: Auch in den Führungsebenen von Politik müssen Männer und
378 Frauen zu gleichen Teilen repräsentiert sein. Denn nur, wenn alle
379 gesellschaftlichen Gruppen in Entscheidungen eingebunden sind, kann Politik

380 tragfähige Entscheidungen treffen. Baden-Württemberg hat deutschlandweit einen
381 der niedrigsten Frauenanteile im Parlament. Deshalb fordern wir schon lange die
382 Änderung des Landtagswahlrechts und wollen verfassungskonforme Konzepte für die
383 Entwicklung eines Paritätsgesetz prüfen lassen. Damit der Landtag zu dem wird,
384 was er sein soll: ein Spiegelbild unserer Gesellschaft.

385 Gleichberechtigung und Feminismus sind keine reine Frauensache. Um die Bedeutung
386 dieses politischen Ziels zu untermauern, wollen wir den Internationalen
387 Frauentag am 8. März zu einem gesetzlichen Feiertag machen. Wir wollen einen
388 lebendigen Feiertag einführen, der uns an gesellschaftliche Kämpfe vergangener
389 Tage erinnert und aufzeigt: Wir müssen noch weitere Anstrengungen unternehmen,
390 um echte Gleichberechtigung zu erreichen.

391 Wir Grüne zeigen null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen. Wie ein Brennglas hat
392 die Corona-Krise verdeutlicht: Häusliche Gewalt gegen Frauen ist heute immer
393 noch ein massives Problem. Als Landesregierung haben wir begonnen, die Vorgaben
394 der Istanbul-Konvention umzusetzen und verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an
395 Frauen und häusliche Gewalt zu schaffen. Wir werden diese Arbeit fortführen, bis
396 die Konvention lückenlos verwirklicht ist. Dafür werden wir den
397 Landesaktionsplan „Baden-Württemberg gegen Gewalt an Frauen“ fortschreiben. Wir
398 werden verstärkt in die Gewaltprävention investieren und Menschen verstärkt
399 dafür sensibilisieren, Gewalttaten zu erkennen. Gleichzeitig werden wir die
400 Opfer noch besser unterstützen. Wir werden Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie
401 Beratungsstellen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt
402 flächendeckend ausbauen und finanziell gut ausstatten. Durch die stärkere
403 Förderung wollen wir ein flächendeckendes Netz aus Frauenhäusern erreichen. Ziel
404 muss es sein, dass es in jedem Landkreis in Baden-Württemberg diese
405 Zufluchtsorte gibt. Im Einklang mit der Istanbul-Konvention möchten wir auf
406 Landesebene eine Koordinationsstelle schaffen, die die verschiedenen
407 Hilfsangebote zusammenbringt. Sie soll den Austausch und die Kooperation der
408 Beratungsstellen fördern und die regionale Versorgungslage im Blick behalten.

409 Wie lange sie in Frauenhäusern bleiben, darüber können nur die Frauen selbst
410 entscheiden. Eine pauschale Begrenzung der Wohnzeit lehnen wir ab. Wir setzen
411 uns dafür ein, dass Frauen nach ihrem Aufenthalt in einem Frauenhaus leichter
412 Zugang zu bezahlbarem Wohnraum bekommen, um ein neues Leben beginnen zu können.
413 Für Opfer von sexualisierter Gewalt schaffen wir eine bessere Notfallversorgung
414 einschließlich einer anonymen Spurensicherung. Dafür wollen wir eine
415 Gewaltambulanz nach Heidelberger Vorbild in jedem Regierungspräsidium aufbauen.
416

417 Wir kämpfen entschieden gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Menschen
418 in der Prostitution wollen wir vor Ausbeutung und Ausgrenzung schützen. Das
419 Recht auf Selbstbestimmung steht für uns dabei im Vordergrund. Deshalb werden
420 wir Beratungsangebote ausbauen und Ausstiegsprogramme, die Alternativen
421 aufzeigen, finanziell besser ausstatten.

422 Gewalt gegen Frauen entsteht durch Frauenhass, durch gefährliche
423 Männlichkeitsvorstellungen und Überlegenheitsfantasien. Hass gegen Frauen ist
424 eine Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wir wollen
425 Präventionsarbeit gegen Frauenfeindlichkeit fördern, die auch die
426 Überschneidungen mit anderen Formen der Menschenfeindlichkeit wie Rassismus in
427 den Blick nimmt. Gleichzeitig werden wir Programme in der Schule und in der
428 Kinder- und Jugendarbeit fördern, die Heranwachsende dabei unterstützen, für

429 ihre Rechte und körperliche Selbstbestimmung einzutreten. Um Frauen das Recht
430 zur Selbstbestimmung über den eigenen Körper auch beim Thema
431 Schwangerschaftsabbruch zu gewährleisten, setzen wir uns auf Bundesebene für die
432 Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a aus dem Strafgesetzbuch ein.

433 Frau zu sein ist eines der größten Armutsrisiken in Deutschland. Frauen leisten
434 immer noch den Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit in Familie und
435 Haushalt. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, damit
436 Erziehungs- und Familienarbeit endlich gleichberechtigt verteilt werden kann.
437 Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn
438 erhalten. Die Einführung eines Lohnatlas für Baden-Württemberg ist ein erster
439 Schritt, Transparenz über die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zu
440 schaffen. Er soll die Unterschiede in den Branchen und Regionen beleuchten.
441 Berufe, in denen überproportional oft Frauen beschäftigt sind, sind weiterhin
442 strukturell schlechter bezahlt als andere Branchen. Unser Ziel ist es, diese
443 Berufe aufzuwerten. Mädchen und junge Frauen wollen wir gezielt für Berufe in
444 der Technik, den Naturwissenschaften und der IT begeistern. Damit das gelingt,
445 müssen wir Angebote an unseren Schulen und Hochschulen wie Schüler*innenlabore,
446 Brückenkurse und MINT-Orientierungssemester weiter ausbauen sowie überholte
447 Rollenbilder überwinden. Dazu müssen alle Lehr- und Lernmaterialien entsprechend
448 überprüft und überarbeitet werden.

449 Für ein vielfältiges und buntes Baden-Württemberg

450 Wir Grüne haben Baden-Württemberg ein neues und tolerantes Gesicht gegeben. Wir
451 stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jede*r
452 selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben kann. Dafür schaffen wir Grüne die
453 politischen Rahmenbedingungen. Seit wir in Baden-Württemberg regieren, hat sich
454 die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von lesbischen, schwulen,
455 bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen
456 (kurz: LSBTTIQ) deutlich verbessert. Wir haben außerdem damit begonnen, die
457 Verfolgungsgeschichte homosexueller Menschen im Nationalsozialismus und in der
458 Nachkriegszeit historisch aufzuarbeiten.

459 Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ hat die
460 grün-geführte Landesregierung 2015 bundesweit einen Meilenstein in Sachen
461 Sichtbarkeit von Vielfalt gesetzt. Damit verbunden war die Gründung des
462 Landesnetzwerkes LSBTTIQ Baden-Württemberg. Mit seinen über 100
463 Mitgliedsorganisationen ist das Netzwerk ein starker zivilgesellschaftlicher
464 Ansprechpartner für die Politik. Diesen Weg wollen wir Grüne weitergehen und die
465 queere Netzwerkarbeit weiterentwickeln. Angebote und Beratungen, die in Städten
466 vielfach von engagierten Institutionen angeboten werden, fehlen an vielen
467 Stellen im ländlichen Raum. Wir werden deshalb ortsnahe Beratungs- und
468 Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen. Wo dies
469 nicht möglich ist, wollen wir Hotlines und Online-Beratungen installieren. Wir
470 begrüßen es, wenn sich Kommunen für die Einrichtung von Krisenwohnungen für
471 queere Menschen entscheiden, um sie vor Gewalt zu schützen.

472 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Deshalb haben wir im Bildungsplan 2016
473 die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ verankert.
474 Wir Grüne wollen diese Leitperspektive weiter stärken und die Sichtbarkeit
475 sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Lehrplänen Baden-Württembergs
476 erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches

477 Personal konsequent aus- und weiterbilden. Wir wollen, dass an jeder Schule eine
478 Lehrperson das Diversity-Management koordiniert und Ansprechpartner*in ist, um
479 diese Leitperspektive umzusetzen. Aber auch außerhalb der Schule wollen wir
480 queere Jugendliche besser unterstützen. Wir werden mehr Qualifizierungsangebote
481 in der offenen Kinder- und Jugendarbeit schaffen und die strukturellen
482 Beratungs- und Gruppenangebote für LSBTTIQ-Jugendliche im ländlichen Raum
483 ausbauen.

484 Menschen fliehen auf der ganzen Welt aus unterschiedlichen Gründen. In vielen
485 Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer
486 geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa,
487 Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Wir Grüne werden deshalb
488 verstärkt Konzepte für Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf in den
489 Landeserstaufnahmestellen erarbeiten.

490 Auch Dank grüner Politik können LSBTTIQ-Menschen heute so offen leben wie noch
491 nie. Wir freuen uns, dass immer mehr queere Menschen eine Familie gründen. Wir
492 wollen für Regenbogenfamilien und queere Gruppen einen festen Anlaufpunkt
493 schaffen, an dem sie sich in Vertrautheit austauschen können. Wir werden deshalb
494 die Gründung von Regenbogenhäusern in Baden-Württemberg unterstützen.

495 Weil unsere Gesellschaft immer älter wird, gibt es auch immer mehr offen lebende
496 queere Menschen, die Pflegeleistungen in Anspruch nehmen. Gerade ältere queere
497 Menschen haben in ihrem langen Leben vielfach Diskriminierung erlebt. Ebenso
498 steigt die Zahl der Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, die in
499 unseren Pflegeeinrichtungen leben. Auch sie haben besondere Bedürfnisse. Wir
500 Grüne wollen deshalb die kultursensible Pflege stärken und besser auf die
501 individuellen Belange der zu pflegenden Menschen eingehen. Insbesondere bei der
502 Versorgung transsexueller, transgender und intersexueller Menschen bedeutet
503 dies, einen sensiblen Umgang mit der Körperlichkeit der Bewohner*innen zu
504 entwickeln. Dazu wollen wir das Thema kultursensible Pflege in der Aus- und
505 Weiterbildung von Pflegekräften stärken und Pflegeeinrichtungen für das
506 Qualitätssiegel „Diversitycheck“ gewinnen. Einrichtungen erhalten den
507 „Diversitycheck“, wenn sie eine offene Willkommenskultur und Kommunikation
508 umsetzen sowie kultursensible Standards in der Wohn- und Lebenswelt schaffen. So
509 bietet das Siegel Pflegebedürftigen Orientierung und schafft Vertrauen.

510 Nur wenn wir Grüne regieren, geht es mit der Gleichstellung voran. Wir haben die
511 Gleichstellung im Landesrecht umfassend verwirklicht. Wir werden auch weiterhin
512 eine starke Stimme für Vielfalt, Akzeptanz und gleiche Rechte im Bundesrat sein.
513 Durch die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes wollen
514 wir den Diskriminierungsschutz stärken. Wir Grüne unterstützen Nicht-binäre,
515 Trans- und Inter-Personen bei ihrem Kampf für ihre Menschenrechte und ihr Recht
516 auf körperliche und geschlechtliche Selbstbestimmung. Wir fordern die
517 Überarbeitung der Richtlinie zur Blutspende, um den praktischen Ausschluss von
518 homo- und bisexuellen Männern zu beenden und die diskriminierende Regelung in
519 Bezug auf transgeschlechtliche Menschen abzuschaffen. Außerdem treten wir für
520 ein wirksames Verbot von sogenannten „Konversionstherapien“ ein. Diese
521 wissenschaftlich unhaltbaren Pseudotherapien, die darauf abzielen, die
522 homosexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität eines Menschen zu
523 ändern, sind gefährliche Scharlatanerie.

524 Religion und Weltanschauung: gemeinsam in den Dialog treten

525 Die Werteordnung des Grundgesetzes bildet das gemeinsame Fundament, das unsere
526 Gesellschaft verbindet und zusammenhält. Niemand darf wegen seines Glaubens oder
527 Nichtglaubens bevorzugt oder benachteiligt werden. Wir Grüne treten für die
528 religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen auf der
529 Grundlage unserer Verfassung ein. Wir sehen alle Religionen in unserem Land als
530 gleichberechtigt an und fördern den interreligiösen und kulturellen Austausch.
531 Als Grüne bekennen wir uns fest zum grundgesetzlichen Schutz der Sonn- und
532 Feiertage. Sie sind ein zentrales Moment in der Zeitorganisation von Staat und
533 Gesellschaft und verschaffen allen Menschen eine Zeit der Erholung, der
534 Besinnung und der Begegnung.

535 Wir Grüne stehen im regelmäßigen konstruktiv-kritischen Austausch mit den
536 christlichen Kirchen. Die unzähligen Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden
537 schaffen Orte der Begegnung und stärken in vielen Städten und Dörfern das
538 soziale Klima und ein wertschätzendes Miteinander. Die vielen karitativen
539 Einrichtungen, die Unterstützung von Geflüchteten und die
540 Entwicklungszusammenarbeit im Globalen Süden wären ohne kirchliches Engagement
541 kaum denkbar. Gleichzeitig wollen wir mit den Kirchen weiter auch einen
542 kritischen Dialog pflegen, weil wir beispielsweise ihre Sonderstellung im
543 Arbeitsrecht für nicht mehr zeitgemäß halten.

544 Nicht erst seit dem schrecklichen Anschlag auf die Synagoge in Halle beobachten
545 wir mit großer Sorge die Zunahme von Judenhass und Antisemitismus auch bei uns
546 im Land. Wir Grüne stellen uns entschieden gegen jede Form von Antisemitismus.
547 Der Schutz des jüdischen Lebens in unserem Land ist eine gesamtgesellschaftliche
548 Aufgabe. Wir wollen die Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden-
549 Württemberg deshalb weiter unterstützen und das Verständnis für jüdische
550 Geschichte und Traditionen in unserem Land stärken. Die grün-geführte
551 Landesregierung hat dazu bereits als erstes Bundesland einen
552 Antisemitismusbeauftragten ernannt, der wertvolle und wichtige Arbeit leistet.
553 Wir Grüne bekennen uns klar zum Existenzrecht und zur Sicherheit Israels und
554 positionieren uns gegen die BDS-Kampagne, die Israel durch Boykottaufrufe
555 politisch, wirtschaftlich und kulturell angreifen und isolieren will.

556 Der Schutz von und der Dialog mit Muslim*innen ist uns ein wichtiges Anliegen.
557 Wir setzen uns ein für einen differenzierten Blick und die klare Trennung
558 zwischen Religion, Migration und Extremismus. Viele Muslim*innen erfahren
559 antimuslimischen Rassismus. Diese Alltagsdiskriminierung reicht von Anfeindungen
560 bis hin zu Angriffen. Diesem Hass stellen wir uns als Grüne entschieden
561 entgegen! Strukturell gibt es bisher auf Landesebene keine gemeinsame
562 Organisation, die alle hier lebenden Muslim*innen vertritt. Deshalb wollen wir
563 ein institutionalisiertes Kooperationsverhältnis mit dem Land schaffen, z.B. in
564 Form eines Forums mit Vertreter*innen der verschiedenen Strömungen des Islam, um
565 der Pluralität unter Muslim*innen gerecht zu werden und klar zu signalisieren,
566 dass es „den Islam“ so nicht gibt. Dadurch stärken wir die rechtliche
567 Gleichstellung der Muslim*innen mit anderen Glaubensgemeinschaften und schaffen
568 auslandsunabhängige Ansprechpartner*innen auch für zivilgesellschaftliche
569 Akteur*innen. An zahlreichen Schulen im Land haben wir islamischen
570 Religionsunterricht eingeführt. So können Kinder und Jugendliche in ihre
571 Glaubenstradition hineinwachsen und religiöse Bildung in deutscher Sprache
572 erfahren. Das führt zu mehr Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt und trägt so zur
573 religiösen und kulturellen Verständigung bei. Es ist im Sinne einer vernünftigen
574 Integrations- und Bildungspolitik, dass islamische Religion an Schulen

575 grundgesetzkonform vermittelt wird. Unabdingbar ist hierbei die Förderung der
576 Ausbildung von Imamen in Deutschland. Darüber hinaus wollen wir die islamische
577 Seelsorge in staatlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Gefängnissen durch
578 qualifiziertes und geeignetes Personal gewährleisten. Wir werden uns dafür
579 einsetzen, dass die Anliegen kleinerer Religionsgemeinschaften ebenfalls gehört
580 werden.

581 Die Zahl der konfessionsfreien Menschen steigt in Baden-Württemberg jährlich.
582 Wir werden daher dafür sorgen, dass die Perspektive von konfessionsfreien
583 Menschen in gesellschaftlichen und ethischen Debatten mitgedacht wird. Dazu
584 wollen wir unter anderem die humanistischen Verbände besser in Dialogprozesse
585 einbinden. Zur Religionsfreiheit gehört auch, sich ohne Hindernisse dafür
586 entscheiden zu können, einer Religion nicht mehr anzugehören oder an einer
587 Tradition nicht teilhaben zu wollen. Die Kommunen erheben unterschiedliche
588 Gebühren für den Kirchenaustritt. Wir halten deshalb eine grundsätzliche
589 Neuordnung der Gebühren für notwendig.

590 Wir Grüne sind davon überzeugt, dass wir mehr über die Gemeinsamkeiten lernen
591 müssen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Ein wichtiger Aspekt ist deshalb
592 ein Angebot für Ethik- und Werteunterricht in der Grundschule ab der ersten
593 Klasse. Hier lernen alle Kinder von Anfang an, friedlich mit der Vielfalt an
594 Religionen und Weltanschauungen umzugehen. Um den friedlichen Dialog auch im
595 späteren Leben zu verbessern, werden wir die Servicestelle Friedensbildung in
596 Baden-Württemberg finanziell stärken und personell ausbauen.

597 Darum Grün!

598 Wer Grün wählt, stimmt für

- 599 • eine Ehrenamtsoffensive, mit der wir das bürgerliche Engagement in unserem
600 Land noch besser unterstützen
- 601 • eine Politik, die den Sport und seine zusammenführende Kraft stärkt
- 602 • eine Flüchtlingspolitik, die sich an Menschlichkeit und Verantwortung
603 orientiert
- 604 • Gleichstellungsbeauftragte, die Chancengleichheit für alle Geschlechter
605 verwirklichen
- 606 • eine ambitionierte Frauenpolitik, die Gewalt gegen Frauen entschieden
607 entgegentritt
- 608 • ein Diversity-Management an Schulen, das Kinder lehrt, mit der Vielfalt
609 unserer Gesellschaft umzugehen